

5./9. 1914.

83

**Gegen die Arbeitslosigkeit.**

Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ schreibt:

Die Sorge für die Arbeitslosen muß als eine der wichtigsten Aufgaben des öffentlichen Lebens während der Kriegszeit angesehen werden. Dank der Solidität und inneren Gesundheit unseres nationalen Wirtschaftslebens ist zu erwarten, daß Deutschland auch dieser Kriegsnot Herr wird.

Schon jetzt sind an einzelnen Stellen, vornehmlich in den Industriezentren, große Mengen Arbeitsloser vorhanden, für deren Beschäftigung nach Möglichkeit Sorge getragen werden muß. Soviel auch die öffentlichen und privaten Wohlfahrtsinstitutionen tun mögen, der Not zu steuern, so ist doch wichtiger als die Gewährung unmittelbarer Unterstützungen die Beschaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten. Hinsichtlich des Ausgleichs zwischen dem Angebot von Arbeit und der Nachfrage durch Vermittlung der Arbeitsnachweise und Arbeitsnachweisverbände hat der Minister für Handel und Gewerbe bereits das Erforderliche veranlaßt. Es ist auch in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten hingewiesen worden auf die Bedeutung von Maßnahmen der Gewerbetreibenden, durch die die Entlassung von Arbeitern vermieden werden kann. Gleichwohl sind noch Arbeitslose in großer Zahl vorhanden, und es wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Kommunen einschreiten. Es ist notwendig, daß die Kommunalverwaltungen mit den Arbeitgebern und den Arbeiterorganisationen aller Parteirichtungen Fühlung nehmen; mit jenen um zu erreichen, daß die Inhaber stillgelegter Betriebe sich wenigstens an der Fürsorge für ihre stellungsgewordenen Arbeiter beteiligen, mit diesen, um zu vermeiden, daß die Arbeitslosen-Unterstützungen der Arbeiterorganisationen sich mit der kommunalen Fürsorge kreuzen. Ein rasches und entschiedenes Eingreifen ist Pflicht der Kommunen.

Es wird sich empfehlen, daß auch die Kommunen in ihrer Eigenschaft als Arbeit- und Ausstraggeber nicht etwa die schon in Angriff genommenen Arbeiten aus Anlaß des Krieges unterbrechen und daß sie die noch nicht begonnenen Arbeiten, zu der sie innerhalb des geltenden Haushaltsanschlages berechtigt sind, unverzüglich in Angriff nehmen. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß es darauf ankommt, möglichst vielen Personen einen wenn auch nur notdürftigen Verdienst zu gewähren. Es wird von einer besonders intensiven Ausnutzung der Arbeitskräfte abzusehen, vielmehr auf Verkürzung der Arbeitszeit und die Einstellung einer möglichst großen Zahl von Arbeitern zu halten sein, wenn dadurch auch der Verdienst des einzelnen geschmälert wird. Die Beschäftigung freiwilliger Arbeitskräfte wird ganz unterbleiben müssen. Es ist auch der Hinweis am Platze, daß die Frauen der eingezogenen Wehrmänner durch die vom Staat und von den Kommunen gewährten Beihilfen vielfach besser gestellt sind als die gänzlich erwerbs- und einkommenslosen Personen. Weiterhin gilt es, darauf zu halten, daß solche kommunalen oder einer öffentlichen Aufsicht unterstehenden Anstalten, wie z. B. Straßenbahnen, die infolge der Einziehung zahlreicher Angestellter zum Heere zunächst eine Einschränkung ihres Betriebes eintreten lassen mußten, alsbald den früheren vollen Betrieb wieder aufnehmen und zu diesem Zweck eine entsprechende Zahl neuer Arbeitskräfte mit der notwendigen technischen Ausbildung versehen lassen. An hierfür geeigneten Arbeitskräften wird es nirgends fehlen. Werden diese Grundsätze auch bei den ständigen Betrieben der Kommunen beachtet (Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Bahnen, und werden neue, bisher nicht beschlossene Arbeiten in Vorbereitung genommen, so darf erwartet werden, daß damit ein wirksamer Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kriege getan wird. Darüber hinaus haben auch die Kommunen die Möglichkeit, durch Verringerung der in Friedenszeiten von In-sassen kommunaler Anstalten geleisteten Arbeit, Arbeitsgelegenheit für den freien Markt zu schaffen. Auch wird bei Vergabung öffentlicher Arbeiten und Aufträge auf die Berücksichtigung möglichst vieler Unternehmer zu achten sein.

Der Staat wird es auch seinerseits nicht daran fehlen lassen, den Gefahren der Arbeitslosigkeit in ähnlicher Weise entgegenzutreten.